

## Malaysia sucht die Super-Predigerin

Nachdem bereits das Vorgängerformat »*Young Imam*« bei der Suche nach Malaysias erstem »Super Imam« zum weltweiten Quotenhit avancierte, hat nun der Nachfolger gleichgezogen. Am 19. Dezember 2011 wurde Amie Sofia Ahmad zur Gewinnerin der Castingshow »*Solehah*« gekürt. Das Besondere: *Solehah* (gottesfürchtige Frau) wurde von den Produzenten mit der Absicht ins Leben gerufen, die konservative Denkweise über die Stellung der Frau in muslimischen Gesellschaften zu wandeln. Bewerben konnten sich nur Frauen. Der Popularität der Sendung tat das aber keinen Abbruch: Alle 13 Episoden, in denen die ausnahmslos weibliche Jury die anfänglich 600 Castingteilnehmerinnen auf zehn Finalistinnen reduzierte, wurden zur Prime Time ausgestrahlt. Bewertet wurden die Frauen nach sozialem Engagement, Hilfe für Waisenkinder und Renovierung einer verfallenen Moschee, und vor allem nach ihren *da'wah*-Fähigkeiten: Wie gut sie in Predigten die moralischen Werte des Islams vermitteln und dadurch Muslime zu noch besseren und gläubigeren Muslimen machen können. Die 25-jährige Gewinnerin von 10.000 US-Dollar, eines Autos und einer Pilgerreise nach Mekka, hat in Ägypten im Fach Koranstudien graduiert. Sie warb mit ihrem Sieg für die Akzeptanz weiblicher Prediger: »Wir werden es langsam versuchen...Wir werden versuchen, die Vorstellungen der Menschen langsam zu verändern, ohne dabei gegen das islamische Recht anzugehen.« Anders als dem Sieger bei *Young Imam* bleibt Ahmad die Anstellung in der Moschee aber vorerst verwehrt. Unterdessen plant der Sender das Erfolgsformat auszubauen: Für die nächsten Staffel sollen sich dann auch ausländische Kandidaten bewerben dürfen.

vgl.: Reuters, 19.12.2011

## Anwar freigesprochen

Nach mehr als zwei Jahren Prozess ist Malaysias Oppositionsführer Ibrahim Anwar am 9. Januar 2012 aus Mangel an Beweisen vom Vorwurf der Homosexualität freigesprochen worden. Richter Zabidin Diah begründete das Urteil damit, dass eine Verunreinigung der von der Anklage vorgelegten umstrittenen DNA-Proben nicht ausgeschlossen werden könnte. Für Anwar und seine Anhänger kam das Urteil überraschend, hatte er doch stets von einem politischen Komplott gegen ihn gesprochen. Ein Mitarbeiter Anwars hatte ihn im Juni 2008 wegen verbotener homosexueller Kontakte angezeigt, wenige Wochen nach einem spektakulären Wahlsieg von Anwars Oppositionsbündnis. Wie schon 1998, als Anwar in einem ähnlichen Prozess für

Homosexualität und Korruption verurteilt und nach sechs Jahren Gefängnis wegen Unzuverlässigkeit des Zeugen freigesprochen wurde, kamen die Vorwürfe in dem Moment, als der Politiker die regierende Partei UMNO (*United Malays National Organisation*) in Bedrängnis brachte. Nun will sich Anwar auf die nächsten Präsidentschaftswahlen konzentrieren, die Premierminister Najib Razak spätestens bis Anfang 2013 ansetzen muss. »In den kommenden Wahlen werden die Stimmen der Menschen erhört und diese korrupte Regierung wird von ihrem Podest der Macht gestürzt«, so Anwar in einer Internetmeldung. Bei einer Verurteilung hätten ihn bis zu 20 Jahren Haft erwarten.

vgl.: AsiaOne News, 9.01.2012

## Drogen in der Moschee

Obwohl muslimische Männer in Malaysia bei der Ansteckung mit dem HI-Virus durch intravenösen Drogenkonsum zur Risikogruppe zählen, waren sie im Kampf gegen ihre Sucht aufgrund der Null-Toleranz-Politik der Regierung gegenüber Drogendelikten bislang auf sich allein gestellt. Hilfe kommt nun von unerwarteter Seite: Die Ar-Rahman Moschee in Kuala Lumpur hat in einem weltweit einzigartigen Pilotprojekt ihre Pforten für Drogensüchtige geöffnet und bietet den gefallenen Schäfchen eine Drogen-

ersatztherapie an. Dabei werden die Männer nach ihren Gebeten und nach Abgabe einer Urinprobe kostenlos mit Methadon behandelt, einem Ersatzstoff für Heroin. Ungachtet der Kritik einiger religiöser Führer, dass Drogensatzstoffe im Islam genauso verboten seien wie Drogen selbst, fordern Gesundheitsexperten eine Ausweitung des Projekts in ganz Malaysia, um endlich gegen ein Problem, das zunehmend nationale Dimensionen erreicht, angehen zu können.

vgl.: Al Jazeera, 30.11.2011

## Fluch der Technik

Wenn eine eigentlich gute Idee an der Umsetzung scheitert, kann es schon mal peinlich werden. Diese Erfahrung hat jetzt unfreiwillig das malaysische Verteidigungsministerium mit seiner Internetseite gemacht. Diese sollte den Bürgern auch in englischer Sprache zugänglich gemacht werden. Dafür verwendete das Ministerium den Onlineübersetzungsdienst von Google Translate –mit dem Ergebnis, dass Sätze wie »Nach dem Rückzug der

britischen Armee unternimmt die malaysische Regierung drastische Maßnahmen, um das Level jeder nationalen Sicherheitsbedrohung zu erhöhen.« erschienen. Nachdem sich die vielen und vielfach amüsanten Übersetzungsfehler über soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter rasant verbreiteten und dort sogar eigene Spotttrubiken über die Behörde eingerichtet wurden, schaltete diese die Funktion ab.

vgl.: Asia News Network, 10.01.2012

kurz notiert

## »Gehorsame Ehefrauen«

Mit der kontroversen Aussage, dass Frauen Seitensprünge oder gar Scheidungen verhindern könnten, wenn sie sich im Bett wie Prostituierte verhielten, hat der »Klub der gehorsamen Ehefrauen« (OWC) in 2011 den Unmut von Frauenrechtsgruppen und Politikern gleichermaßen auf sich gezogen. Nachdem ein Publikationsverbot für einen scharf kritisierten Sexguide verhängt werden musste, war aber auch für die Regierung das Maß voll. Sie stellte die Gruppe für die Abweichung von der wahren islamischen Lehre unter Beobachtung. Angesichts der jüngsten OWC-Kampagne gegen den moralischen Verfall der Gesell-

schaft, sieht sich das Ministerium des Premierministers in dieser Entscheidung bestätigt: Die Überwachung werde fortgesetzt, da der Klub im Status einer NGO unter verschiedenen Namen operiere und ohne hinreichende Beweise nicht gegen ihn vorgegangen werden kann. Die neue Kampagne der Gruppe verknüpft das Thema Sex mit dem Propheten Mohammed. »Sie porträtieren den Propheten Mohammed so, als hätte er nur wegen seines starken sexuellen Verlangens so viele Frauen geheiratet«, rechtfertigte ein Minister die verlängerte staatliche Überwachung.

vgl.: New Straits Times, 27.01.2012

## Neue Daumenschrauben

Entgegen der Ankündigung, die Versammlungs- und Pressefreiheit zu liberalisieren, hat Premierminister Najib Razak mit der Ende November 2011 verabschiedeten *Peaceful Assembly Bill* nun doch wieder die Daumenschrauben angezogen. Menschenrechtsgruppen beanstandeten vor allem das explizite Verbot von Straßenprotesten unter dem neuen Gesetz. Auch die weitreichenden Befugnisse der Polizei bei der Festlegung von Ort, Zeit, Datum und Ablauf der Versammlungen sind Kritikern ein Dorn im Auge, da sie nun nur noch an festgelegten Orten wie Stadien ohne Vorankündigung abgehalten werden können, während für alle anderen Plätze eine polizeiliche Genehmigung benötigt

wird. Zwar wurde die Anmeldefrist für Versammlungen von früher 30 Tagen auf zehn Tage reduziert, die Opposition bemängelte aber, dass selbst im autoritären Burma nur eine fünftägige Meldefrist bestünde. »... ein legislativer Angriff auf das Recht der Malaysier zu friedlichem Protest«, so ein Sprecher von *Amnesty International* zu dem Gesetz. Nach der *Bersih 2.0*-Kampagne im Juli 2011 hatte Najib Liberalisierungen der Versammlungs- und Pressefreiheit angekündigt und sogar die Aufhebung des seit 1960 geltenden *Internal Security Acts* angekündigt, unter dem ohne Gerichtsverfahren Gefängnisstrafen verhängt werden können.

vgl.: Bangkok Post, 29.11.2011

## Gefahr für Sicherheit

Bereits im November 2011 haben die malaysischen Behörden die Austragung eines schwul-lesbischen Festivals verboten. Begründung: »*Seksualiti Merdeka*« (Freiheit der Sexualität) bedrohe die nationale Sicherheit. Einem ranghohen Polizeibeamten zufolge hätten neben Vize-Premierminister Muhyiddin Yassin verschiedene islamische und nicht-islamische Gruppen Befürchtungen geäußert, dass das Festival Disharmonie und Feindseligkeiten auslösen und die öffentliche Ordnung stören könnte. Er betonte weiterhin, dass die Polizei nichts dagegen habe, wenn Malaysier von ihrem Recht Gebrauch machen würden, sich auszudrücken, drohte den Organisatoren aber im Falle einer Missachtung des Verbots mit Gefängnisstrafen. »*Seksualiti Merdeka*« wurde seit 2008 jährlich in der Hauptstadt Kuala Lumpur ausgetragen und wirbt für Toleranz und Vielfalt in einer konservativen Gesellschaft, in der für Homosexualität bis zu 20 Jahre Haft verhängt werden können. 2010 erlangte die Veranstaltung durch Morddrohungen gegen Teilnehmer einer Aktion Berühmtheit, bei der Homosexuelle dazu aufgerufen waren, Videos über ihre sexuelle Orientierung ins Internet zu stellen, in Anlehnung an die amerikanische »*It gets better*«-Kampagne gegen die Schikane Homosexueller. Um die »andauernde Diskriminierung im Land« zu beenden und »gegen Ungerechtigkeit anzugehen«, haben die Organisatoren des Festivals inzwischen vor Gericht eine Klage gegen das Verbot eingereicht, der aber nur wenig Chancen auf Gewinn eingeräumt wird.

vgl.: New York Times, 3.11.2011; Channel News Asia, 10.01.2012